

Wir sind mitschuldig!

Donnerstag, 04. Juli 2019

Von: Johannes Gruber



©VanessaSalamanca

Die Aufnahme von Flüchtlingen ist eine europäische Herausforderung, die nicht von den Staaten an der EU-Aussengrenze alleine bewältigt werden kann.

Laut Uno-Flüchtlingshilfswerk hat sich die Zahl der Flüchtlinge weltweit in den letzten 10 Jahren verdoppelt: 2018 waren mehr als 70 Millionen Menschen auf der Flucht. Mehr als zwei Drittel aller Flüchtlinge stammen aus Syrien, Afghanistan, Südsudan, Burma und Somalia. Aufgenommen werden diese hauptsächlich nicht etwa von den reichen, europäischen Staaten, sondern von Schwellen- und Entwicklungsländern: Die Türkei beherbergt mit 3,7 Millionen Flüchtlingen mehr als ganz Europa zusammen, in Relation zur Einwohnerzahl liegen der Libanon und Jordanien bei der Aufnahme von Flüchtlingen noch weit vor der Türkei.

Die EU-Abschottungs- und Abschreckungspolitik, die auch von der Schweiz mitgetragen wird - ja, von der diese in besonderem Ausmass profitiert -, hat zuletzt dazu geführt, dass sich die Flüchtlingsrouten im Mittelmeerraum verlagerten: Laut SEM kam etwa ab August 2018 die Migration von Libyen nach Italien faktisch zum Erliegen, der Weg von Westafrika nach Spanien wurde zur wichtigsten Flüchtlingsroute über das Mittelmeer. Eine Folge davon ist, dass die Zahl der Asylgesuche hierzulande immer weiter sinkt: In der Schweiz wurden 2018 15255 Asylgesuche gestellt, das sind mehr als 15 Prozent weniger als im Vorjahr und so wenige wie zuletzt 2007.

Der VPOD unterstützt die Forderung der Schweizerischen Flüchtlingshilfe, dass der Bund angesichts der weltweit steigenden Anzahl der von Flucht und Vertreibung Betroffenen seine Verantwortung wahrnimmt und vermehrt Möglichkeiten für legale Zuwanderung schafft und der Abschottungspolitik der EU seine Unterstützung entzieht.